

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.
Bundesverband deutscher Banken e. V.
Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e. V.
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.
Verband deutscher Pfandbriefbanken e. V.



Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. |
Schellingstraße 4 | 10785 Berlin

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Kontakt: [REDACTED]

Telefon: [REDACTED]

Fax: [REDACTED]

E-Mail: [REDACTED]

Unsere Zeichen: [REDACTED]

AZ DK: VG-WB

AZ BVR: VG-WB

**Koalitionsbeschluss vom 2. Juli 2026: Investitionsschutz und
Finanzierung des Wohnungsbaus
Hier: Bundesgesetzgebung zur Regelung der Vergesellschaftung
von Wohnungsbeständen**

1. Oktober 2026

Sehr [REDACTED],

im „Programm für Aufschwung und Beschäftigung“ vom 2. Juli 2026 hat die Regierungskoalition angekündigt, durch ein Bundesgesetz regeln zu wollen, dass die Verstaatlichung privater Mietwohnungsbestände durch Vergesellschaftungsgesetze auf Landesebene künftig nicht mehr möglich sein soll. Inzwischen ist nach unserer Kenntnis das Bundesministerium des Innern als federführendes Ministerium innerhalb der Bundesregierung für die Gesetzgebung benannt worden.

Die in der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) zusammengeschlossenen Verbände begrüßen ein solches Gesetz und die diesem zugrunde liegende Zielsetzung ausdrücklich, weil eine Vergesellschaftung von Wohnungsbeständen in Berlin eine unmittelbare Ausstrahlungswirkung auf das gesamte Bundesgebiet und weit über den Wohnimmobilienmarkt hinaus hätte.

Aus unserer Sicht ist nun eine zeitnahe Konkretisierung entscheidend, damit die anhaltende Unsicherheit für Investoren und Finanzierungspartner möglichst rasch beendet wird. Bereits die Debatte über entsprechende Vorhaben der Vergesellschaftung in Berlin hat nach unserer Wahrnehmung die Risikoeinschätzung nationaler und internationaler Investoren negativ verändert und zu größerer Zurückhaltung beigetragen.

Die Ausstrahlungswirkungen dieser Thematik reichen sowohl bezüglich ihres Gegenstandes als auch hinsichtlich der geografischen Reichweite deutlich über das Land Berlin hinaus. Wir möchten Sie daher dringlich um ein

Federführer:

Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.,
Schellingstraße 4 | 10785 Berlin

Telefon: +49 30 221-0

Telefax: +49 30 221-1900

<https://die-dk.de/>

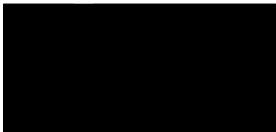
Lobbyregister-Nr. R001459

EU-Transparenzregister-Nr. 52646912360-95

Gespräch bitten, insbesondere um die Folgen für die erforderlichen Investitionen in Deutschland, für unsere Wirtschaft und für die Kreditinstitute insgesamt zu erläutern.

Mit freundlichen Grüßen
für Die Deutsche Kreditwirtschaft
Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.

i. V.



i. V.

